

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

zum Gesetzentwurf der Landesregierung für das Gesetz über das Friedhofs-
und Bestattungswesen
(Bestattungsgesetz – BestG)

Drs. 13/2728

bisheriger Gesetzentwurf	Neufassung
<p>§ 1 Friedhöfe (1) Die Gemeinden gewährleisten, dass Tote (Leichen, Tot- und Fehlgeburten) auf einem Friedhof bestattet und ihre Aschenreste beigesetzt werden können.</p> <p>(2) Gemeinden und Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, dürfen Friedhöfe und Feuerbestattungsanlagen anlegen und unterhalten (Friedhofsträger).</p> <p>(3) Friedhöfe sollen mit Räumen ausgestattet sein, die für die Aufbewahrung Toter geeignet sind und ausschließlich hierfür genutzt werden (Leichenhallen).</p> <p>(4) Friedhofsträger dürfen sich bei Errichtung und Betrieb ihrer Friedhöfe Dritter bedienen.</p> <p>(5) Errichtung und Betrieb seiner Feuerbestattungsanlage kann der Friedhofsträger mit Zustimmung der Genehmigungsbehörde nach § 2 Abs. 1</p>	<p>§ 1 Friedhöfe (1) Die Gemeinden gewährleisten, dass Tote (Leichen, Tot- und Fehlgeborene) <u>in der Regel in einem Sarg</u> auf einem Friedhof bestattet, ihre Aschenreste beigesetzt werden können. <u>Ausnahmen für bestimmte Religionsgemeinschaften können per Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem zuständigen Landtagsausschuss geregelt werden.</u></p> <p>(3) Friedhöfe sollen <u>nach Erfordernis</u> mit Räumen ausgestattet sein, die für die Aufbewahrung von Leichen geeignet sind und ausschließlich dafür genutzt werden (Leichenhallen).</p> <p>(4) Friedhofsträger dürfen sich <u>bei Anlage und Betrieb</u> ihrer Friedhöfe Dritter bedienen.</p> <p>(5) <i>Friedhofsträger dürfen sich bei Errichtung und Betrieb von Feuerbestattungsanlagen mit Zustimmung der Genehmigungsbehörde</i></p>

<p>Satz 2 widerruflich einem privaten Rechtsträger (Übernehmer) übertragen.</p> <p>§ 2 Errichtung und Erweiterung eines Friedhofs</p> <p>(1) Die Errichtung und die Erweiterung der Friedhöfe der kreisangehörigen Gemeinden und der Religionsgemeinschaften im Sinne des § 1 Abs. 2 bedürfen der Genehmigung. Genehmigungsbehörde ist für Friedhöfe der Gemeinden der Kreis (Kreisordnungsbehörde) und für Friedhöfe der Religionsgemeinschaften die Bezirksregierung.</p> <p>(2) Am Genehmigungsverfahren ist die untere Gesundheitsbehörde zu beteiligen. Bei Friedhöfen der Religionsgemeinschaften hat die Genehmigungsbehörde das Einvernehmen mit der Gemeinde herzustellen.</p> <p>(3) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn der Friedhof den Erfordernissen des Wasserhaushaltsrechts und des Gesundheitsschutzes entspricht und ihr sonstige Vorschriften des öffentlichen Rechts nicht entgegenstehen.</p> <p>§ 3 Schließung und Entwidmung der Friedhöfe</p> <p>(1) Friedhöfe können ganz oder teilweise geschlossen werden. Die Träger haben die Schließungsabsicht unverzüglich der Genehmigungsbehörde und Religionsgemeinschaften auch der Gemeinde anzuzeigen.</p> <p>(2) Die völlige oder teilweise Entwidmung ist nur zulässig, wenn der Friedhofsträger</p>	<p><i>nach § 2 Abs. 1 S.2 BestG NRW Dritter bedienen. Die Kommunen müssen die Einzelheiten des Betriebes einer Feuerbestattungsanlage durch einen Dritten in einem Vertrag regeln.</i></p> <p>§ 2 Errichtung und Erweiterung eines Friedhofes</p> <p>§3 Schließung und Entwidmung von Friedhöfen</p> <p>(1) Friedhöfe können ganz oder teilweise geschlossen werden. Die Träger müssen die Schließungsabsicht unverzüglich <u>anzeigen und von der zuständigen Genehmigungsbehörde und Religionsgemeinschaften auch von der Gemeinde genehmigen lassen.</u></p> <p>(2) Die völlige oder teilweise Entwidmung ist nur zulässig, wenn der Friedhofsträger</p>
---	---

für Grabstätten, deren Grabnutzungszeit noch nicht abgelaufen ist, gleichwertige Grabstätten angelegt und Umbettungen ohne Kosten für die Nutzungsberechtigten durchgeführt hat.

§ 4 Satzungen

(1) Die Friedhofsträger regeln durch Satzung Art, Umfang und Zeitraum der Nutzung und Gestaltung ihres Friedhofs und dessen Einrichtungen, insbesondere die Aufbewahrung der Toten und der Totenasche bis zur Bestattung, die Durchführung der Bestattung sowie die Höhe der Gebühren oder Entgelte für die Nutzung des Friedhofs und dessen Einrichtungen. Die Friedhofsträger können die Öffnungszeiten auch in anderer Weise bestimmen; in diesem Fall müssen diese am Friedhof ausgehängt werden.

(2) Die Friedhofsträger legen für Erdbestattungen und für Aschenbeisetzungen gleich lange Grabnutzungszeiten fest, die zumindest die sich aus den Bodenverhältnissen ergebende Verwesungsdauer umfassen müssen.

(3) Gebühren, die eine Religionsgemeinschaft für die Benutzung ihres Friedhofs und seiner Einrichtungen erhebt, können im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden, wenn die Satzung von der nach § 2 Abs. 1 Satz 2 zuständigen Behörde genehmigt worden ist.

(4) Die Satzungen sind nach den für den Satzungsgeber geltenden Vorschriften öffentlich bekannt zu machen.

§ 5 Bestattungsbuch

für Grabstätten, deren Grabnutzungszeiten noch nicht abgelaufen sind, gleichwertige Grabstätten angelegt und Umbettungen ohne Kosten für die Nutzungsberechtigten nach Genehmigung durch die Gesundheitsbehörden ermöglicht hat.

§ 4 Satzungen

(2) Die Friedhofsträger legen für Erdbestattungen und für Aschenbeisetzungen gleich lange Grabnutzungszeiten fest, die zumindest die sich aus den Bodenverhältnissen ergebende Verwesungsdauer umfassen müssen und 20 Jahre nicht unterschreiten dürfen.

§ 5 Bestattungsbuch

(1) Die Gemeinden, die Bestattungen außerhalb eines Friedhofs nach § 14 Abs. 1 Satz 2 zugelassen haben, und die Träger von Friedhöfen und Feuerbestattungsanlagen sowie Übernehmer sind verpflichtet, ein Bestattungsbuch zu führen. Es muss den Familien- und Vornamen, das Geburtsdatum und der Todestag der zu Bestattenden enthalten. Die vorgenannten Gemeinden und die Träger von Friedhöfen müssen auch den Tag der Bestattung einschließlich der genauen Bezeichnung der Grabstelle eintragen. Die Träger oder Übernehmer der Feuerbestattungsanlagen vermerken den Tag der Einäscherung, das Datum der Urnenaushändigung mit Namen und Adresse der Person, die die Urne übernommen hat, sowie die Angaben zum Verbleib der Totenasche.

(2) Das Bestattungsbuch ist dreißig Kalenderjahre nach der letzten Eintragung und die zugehörigen Unterlagen sind zehn Kalenderjahre nach ihrem Ausstellungsdatum aufzubewahren.

§ 6

Zugang der Behörden

Friedhofsträger und Übernehmer haben den Beauftragten der zur Überwachung der Einhaltung der für Friedhöfe und Feuerbestattungsanlagen geltenden Rechtsvorschriften zuständigen Behörden Grundstücke, Räume und Sachen zugänglich zu machen sowie auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen unverzüglich vorzulegen. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung gemäß Artikel 13 des Grundgesetzes wird insoweit eingeschränkt.

§ 6

Zugang der Behörden

<p>Zweiter Abschnitt Bestattung</p> <p>§ 7 Totenwürde, Gesundheitsschutz (1) Jedermann hat die Ehrfurcht vor den Toten zu wahren und die Totenwürde zu achten.</p> <p>(2) Soweit möglich, sind Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Bestattungen unter Berücksichtigung des Empfindens der Bevölkerung und der Glaubensgemeinschaft, der die zu Bestattenden angehörten, vorgenommen werden können.</p> <p>(3) Es ist dafür zu sorgen, dass von Toten keine Gesundheitsgefahren ausgehen. Bestand zum Zeitpunkt des Todes eine meldepflichtige oder gefährliche übertragbare Krankheit oder besteht der Verdacht auf eine solche Erkrankung, so sind die Schutzvorkehrungen zu treffen, die bei der Leichenschau oder von der unteren Gesundheitsbehörde bestimmt werden.</p> <p>§ 8 Bestattungspflicht (1) Zur Bestattung verpflichtet sind in der nachstehenden Rangfolge Ehegatten, Lebenspartner, volljährige Kinder, Eltern, volljährige Geschwister, Großeltern und volljährige Enkelkinder (Hinterbliebene).</p>	<p>Zweiter Abschnitt Bestattungen</p> <p>§ 7 Ehrfurcht vor den Toten, Gesundheitsschutz (1) Jedermann hat die Ehrfurcht vor den Toten zu wahren, <u>die sich aus der Menschenwürde ergibt. Dazu gehören insbesondere die bis zur Beerdigung/ Einäscherung vorgenommene Aufbewahrung der Toten in einem Sarg oder einem diesem entsprechenden würdigen Gefäß, die Art des Transportes von Toten, die Würde der Bestattung und des Bestattungsortes.</u></p> <p>(3) Veranlasst eine Behörde die Bestattung, so ist die ortsübliche Bestattungsart zu wählen. Nicht zulässig ist in diesen Fällen das Verstreuen der Asche. Handelt es sich um die Leiche eines Unbekannten, so ist nur die Erd- oder Feuerbestattung zulässig.</p> <p>(3) wird (4)</p> <p>§ 8 Bestattungspflicht</p>
--	--

Soweit diese ihrer Verpflichtung nicht oder nicht rechtzeitig nachkommen, hat die örtliche Ordnungsbehörde der Gemeinde, auf deren Gebiet der Tod eingetreten oder die oder der Tote gefunden worden ist, die Bestattung zu veranlassen.

(2) Die Inhaber des Gewahrsams haben zu veranlassen, dass Leichenteile, Tot- oder Fehlgeburten, die nicht bestattet werden, ohne Gesundheitsgefährdung und ohne Verletzung des sittlichen Empfindens der Bevölkerung verbrannt werden.

**§ 9
Leichenschau, Todesbescheinigung
und Unterrichtung der Behörden**

(1) Die Hinterbliebenen sind verpflichtet, unverzüglich die Leichenschau zu veranlassen. Dies gilt auch bei Totgeburten. Hilfsweise haben diejenigen, in deren Räumen oder auf deren Grundstücken der Tod eingetreten oder die Leiche oder Totgeburt aufgefunden worden ist, unverzüglich sowohl die Leichenschau zu veranlassen als auch die Hinterbliebenen, ersatzweise die örtliche Ordnungsbehörde zu unterrichten.

(2) Bei Sterbefällen in einer Anstalt, einem Krankenhaus, Pflegeheim oder einer vergleichbaren Einrichtung hat die Leitung die Durchführung der Leichenschau zu veranlassen.

(3) Ärztinnen und Ärzte sind verpflichtet, unverzüglich nach Erhalt der Todesanzeige die unbedeckte Leiche oder die Totgeburt persönlich zu besichtigen und sorgfältig zu untersuchen (Leichenschau) sowie die Todesbescheinigung auszustellen und auszuhändigen. Falls andere Ärztinnen- und Ärzte für die Leichenschau nicht zur Verfügung stehen, ist sie von einer Ärztin oder einem Arzt der für den Sterbe- oder Auffindungsort zuständigen unteren

**§ 9
Leichenschau, Todesbescheinigung
und Unterrichtung der Behörden**

.....auch bei Totgeborenen.....

....Leiche oder das Totgeborene ...

....oder das Totgeborene.....

<p>Gesundheitsbehörde durchzuführen. Notärztinnen und Notärzte im öffentlichen Rettungsdienst sind während der Einsatzbereitschaft weder zur Leichenschau noch zur Ausstellung der Todesbescheinigung verpflichtet; Gleiches gilt während des Einsatzes, sobald sie den Tod festgestellt haben.</p> <p>(4) Die Todesbescheinigung enthält im nichtvertraulichen Teil die Angaben zur Identifikation der Leiche oder Totgeburt einschließlich der bisherigen Anschrift, Zeitpunkt, Art, Ort des Todes, bei möglicher Gesundheitsgefährdung einen Warnhinweis und im vertraulichen Teil insbesondere Angaben zur Todesfeststellung, zur Todesursache sowie zu den weiteren Umständen des Todes.</p> <p>(5) Bestehen Anhaltspunkte für einen nicht natürlichen Tod, brechen die Ärztinnen oder Ärzte die Leichenschau ab, unterrichten unverzüglich die Polizeibehörde und sorgen dafür, dass bis zum Eintreffen der Polizei Veränderungen weder an Toten noch an deren Umgebung vorgenommen werden.</p> <p>(6) Kann die Identität Toter nicht festgestellt werden, ist nach Beendigung der Leichenschau durch diejenigen, die diese veranlasst haben, oder hilfsweise durch die Ärztin oder den Arzt unverzüglich die Polizeibehörde zu unterrichten.</p> <p>§ 10 Obduktion</p> <p>(1) Tote dürfen, wenn sie selbst zu Lebzeiten schriftlich eingewilligt haben, nach Vorliegen der Voraussetzungen des § 13 Abs. 1 zur Klärung der</p>	<p>....oder <u>des Totgeborenen...</u></p> <p><u>(7) Vor der Bestellung eines Bestattungsunternehmens durch Dritte sollen die Angehörigen (Bestattungspflichtigen) befragt werden.</u></p> <p>§ 10 Obduktion</p> <p>(1) Tote dürfen, wenn sie zu Lebzeiten selbst schriftlich <u>oder ihr persönlich/gesetzlicher Vertreter schriftlich eingewilligt</u> haben, zur</p>
--	--

<p>Todesursache, zur Überprüfung der Diagnose oder Therapie oder zu einem sonstigen wissenschaftlichen Zweck obduziert werden. Die Obduktion umfasst auch die Entnahme von Organen und Gewebeteilen sowie deren Aufbewahrung. Die Einwilligung kann nach Aufklärung auch mit einer vorformulierten Erklärung erteilt werden. Die Krankenhausträger sind verpflichtet, anlässlich des Abschlusses eines Aufnahmevertrages nach der Einstellung zu einer Obduktion zu fragen.</p> <p>(2) Liegt weder eine schriftliche Einwilligung noch ein schriftlicher Widerspruch der Verstorbenen vor, finden § 3 Abs. 3 und § 4 des Transplantationsgesetzes vom 5. November 1997 (BGBl. I S. 2631) sinngemäß Anwendung.</p> <p>(3) Ist die Untersuchung beendet, hat der Träger der untersuchenden Einrichtung unverzüglich die Bestattung zu veranlassen. Für Art und Ort der Bestattung gilt § 12.</p> <p>§ 11 Totenkonservierung, Aufbewahrung Toter</p> <p>(1) Maßnahmen, bei denen den Toten Stoffe zugeführt werden, die die Verwesung verhindern oder verzögern, bedürfen der Genehmigung der örtlichen Ordnungsbehörde.</p> <p>(2) Tote sind spätestens 36 Stunden nach dem Tode, jedoch nicht vor Ausstellung der Todesbescheinigung, in eine Leichenhalle zu überführen. Auf Antrag eines Hinterbliebenen kann die örtliche Ordnungsbehörde die Aufbewahrung Toter an einem anderen geeigneten Ort genehmigen, wenn ein ärztliches Zeugnis bescheinigt, dass hiergegen keine Bedenken bestehen. Dies gilt nicht für die Aufbewahrung Toter im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungen.</p>	<p>Überprüfung der Diagnose oder Therapie oder zu einem sonstigen wissenschaftlichen Zweck obduziert werden.</p> <p>(3) Ist die Untersuchung beendet, hat der Träger der untersuchenden Einrichtung unverzüglich die Bestattung <u>unter Beachtung 9 Abs. 7</u> zu veranlassen. Für Art und Ort der Bestattung gilt § 12.</p> <p>§ 11 Totenkonservierung, Aufbewahrung Toter</p> <p>(2) Tote sind spätestens 36 Stunden nach dem Tode, jedoch nicht vor der Ausstellung des Totenscheins, in eine Leichenhalle zu überführen. Auf Antrag eines Hinterbliebenen <u>oder eines von ihm schriftlich Beauftragten kann die</u></p>
--	---

(3) Die Öffnung des Sarges bei der Trauerfeier oder beim Begräbnis bedarf der Genehmigung der örtlichen Ordnungsbehörde. Öffentliches Ausstellen Toter oder von Teilen bedarf der zu Lebzeiten schriftlich erklärten Einwilligung der Verstorbenen sowie der Genehmigung der Ordnungsbehörde des Ausstellungsortes.

**§ 12
Bestattungsentscheidung**

(1) Die Bestattung kann als Erdbestattung oder als Feuerbestattung vorgenommen werden. Art und Ort der Bestattung richten sich, soweit möglich, nach dem Willen der Verstorbenen, wenn sie das 14. Lebensjahr vollendet hatten und nicht geschäftsunfähig waren.

(2) Ist keine derartige Willensbekundung bekannt, entscheiden die Hinterbliebenen in der Rangfolge des § 8 Abs. 1. Wenn die Gemeinde die Bestattung veranlasst, entscheidet sie; sie soll eine Willensbekundung nach Absatz 1 Satz 2 berücksichtigen.

**§ 13
Bestattungsunterlagen,
Bestattungsfristen**

(1) Die Bestattung der Leichen und Totgeburten ist erst zulässig, wenn die Todesbescheinigung ausgestellt ist und der Standesbeamte die Eintragung des Sterbefalles bescheinigt hat oder eine Genehmigung nach § 39 des Personenstandsgesetzes vorliegt oder wenn sie auf Anordnung der örtlichen Ordnungsbehörde des Sterbe- oder Auffindungsortes erfolgt.

(2) Erdbestattungen dürfen frühestens achtundvierzig Stunden nach Eintritt des

**§ 12
Bestattungsentscheidung**

(1) Die Bestattung kann als Erdbestattung oder Feuerbestattung vorgenommen werden und erfolgt in der Regel in einem Sarg. Ausnahmen können durch Rechtsverordnung für bestimmte Religionsgemeinschaften zugelassen werden. Art und Ort der Bestattungen richten sich so weit möglich, nach dem Willen des Verstorbenen, wenn sie das 14. Lebensjahr vollendet und nicht geschäftsunfähig waren.

(2) Ist keine derartige Willensbekundung bekannt, entscheiden die Hinterbliebenen in der Rangfolge des § 8 Abs. 1. Wenn die Gemeinde die Bestattung veranlasst, entscheidet sie unter Berücksichtigung von Abs. 1 Satz 2 und § 7 Abs. 3.

**§ 13
Bestattungsunterlagen,
Bestattungsfristen**

....und Totgeborenen...

Todes vorgenommen werden. Die örtliche Ordnungsbehörde kann eine frühere Bestattung aus gesundheitlichen Gründen anordnen oder auf Antrag eines Hinterbliebenen genehmigen, wenn durch ein besonderes, aufgrund eigener Wahrnehmung ausgestelltes Zeugnis einer Ärztin oder eines Arztes, die nicht die Leichenschau nach § 9 durchgeführt haben, bescheinigt ist, dass die Leiche die sicheren Merkmale des Todes aufweist oder die Verwesung ungewöhnlich fortgeschritten und jede Möglichkeit des Scheintodes ausgeschlossen ist.

(3) Erdbestattungen müssen innerhalb von acht Tagen durchgeführt werden. Liegen innerhalb dieser Frist die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht vor, so hat die Bestattung unverzüglich nach deren Eintritt zu erfolgen.

§14 Erdbestattung, Ausgrabung

(1) Leichen müssen auf einem Friedhof bestattet werden. Die örtliche Ordnungsbehörde kann eine Erdbestattung außerhalb eines Friedhofs mit Zustimmung der unteren Gesundheitsbehörde in besonderen Fällen genehmigen.

(2) Tot- und Fehlgeburten sind auf einem Friedhof zu bestatten, wenn ein Elternteil dies wünscht. Ist die Geburt in einer Einrichtung erfolgt, hat deren Träger sicherzustellen, dass jedenfalls ein Elternteil auf diese Bestattungsmöglichkeit hingewiesen wird. Jede aus einem Schwangerschaftsabbruch stammende Leibesfrucht gilt als Fehlgeburt im Sinne des Satzes 1.

(3) Tote und Aschenreste dürfen nur mit Genehmigung der örtlichen Ordnungsbehörde, in deren Bezirk sie

§ 14 Erdbestattungen, Ausgrabungen

(1) Tote oder deren Asche müssen auf einem Friedhof in einem Sarg oder in einer Urne bestattet werden. Die Örtliche Ordnungsbehörde kann eine Erdbestattung außerhalb eines Friedhofs mit Zustimmung der unteren Gesundheitsbehörde in Ausnahmefällen genehmigen.

....und Fehlgeborene...

....als fehlgeboren im

bestattet worden sind, ausgegraben werden. Die Vorschriften der Strafprozessordnung bleiben unberührt.

**§ 15
Feuerbestattung**

(1) Die Feuerbestattung einer Leiche oder einer Totgeburt darf erst vorgenommen werden, wenn eine von der für den Sterbe- oder Auffindungsort zuständigen unteren Gesundheitsbehörde veranlasste weitere ärztliche Leichenschau vorgenommen und mit einer Bescheinigung nach dem Muster der Anlage 1 bestätigt worden ist, dass kein Verdacht auf nicht natürlichen Tod besteht. Anstelle der Gesundheitsbehörde nach Satz 1 darf auch die untere Gesundheitsbehörde des Einäscherungsortes die weitere ärztliche Leichenschau veranlassen und die Bescheinigung ausstellen.

(2) Die Leichenschau und die Bescheinigung nach Absatz 1 werden in den Fällen des § 159 Abs. 1 StPO durch die nach § 159 Abs. 2 StPO erteilte Genehmigung ersetzt. Diese muss die Erklärung enthalten, dass die Feuerbestattung als unbedenklich erachtet wird.

(3) Werden Leichen oder Totgeburten zur Feuerbestattung aus dem Ausland in das Inland befördert, ist durch die untere Gesundheitsbehörde des Einäscherungsortes die Leichenschau nach Absatz 1 zu veranlassen. Die Behörde kann darauf verzichten, wenn ihr über den natürlichen Tod die zweifelsfreie Bescheinigung der am Sterbe- oder Auffindungsort zuständigen Polizei- oder Gesundheitsbehörde vorgelegt wird.

(4) Die Feuerbestattung darf nur in der Feuerbestattungsanlage eines Friedhofsträgers oder eines Übernehmers vorgenommen werden und hat in würdiger Weise zu erfolgen.

(5) Der Träger oder Übernehmer der

**§ 15
Feuerbestattung**

...oder eines Totgeborenen darf

...oder Totgeborene zur...

<p>Feuerbestattungsanlage hat die Zuordnung der Totenasche sicherzustellen. Das dauerhaft versiegelte Behältnis mit der Totenasche ist auf einem Friedhof beizusetzen; für die Beförderung zu diesem Zweck darf es den Hinterbliebenen oder ihren Beauftragten ausgehändigt werden. Die Asche darf auf einer vom Friedhofsträger festgelegten Stelle des Friedhofs durch Verstreuung beigesetzt werden, wenn dies durch Verfügung von Todes wegen bestimmt ist. Das Behältnis mit der Totenasche darf mit Genehmigung der örtlichen Ordnungsbehörde Hinterbliebenen oder deren Beauftragten ausgehändigt werden. Soll die Totenasche außerhalb eines Friedhofs verstreut werden, darf die Behörde dies genehmigen, wenn diese Bestattung von Todes wegen verfügt und der Behörde nachgewiesen ist, dass die Verstreuung bodennutzungsrechtlich zulässig ist. Soll das Behältnis mit der Totenasche außerhalb eines Friedhofs aufbewahrt oder beigesetzt werden, darf die Behörde dies genehmigen, wenn ihr nachgewiesen ist, dass diese Aufbewahrung oder Beisetzung von Todes wegen verfügt und bodennutzungsrechtlich zulässig ist und dass künftig würdiger Umgang mit der Totenasche, Wahrung der Totenruhe sowie nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist die Seebestattung, Beisetzung des Behältnisses mit der Totenasche oder die Beisetzung durch Verstreuung nach den Vorschriften dieses Gesetzes sichergestellt sind. Soll die Totenasche auf See bestattet werden, wird die Genehmigung erteilt, wenn diese Bestattung von Todes wegen verfügt ist.</p>	<p>(5) Der Träger oder Übernehmer der Feuerbestattungsanlage hat die Zuordnung der Totenasche sicherzustellen. Das dauerhaft versiegelte Behältnis mit der Totenasche ist auf einem Friedhof beizusetzen. ; für die Beförderung zu diesem Zweck darf es den Hinterbliebenen oder ihren Beauftragten ausgehändigt werden. Die Asche darf auf einer vom Friedhofsträger festgelegten Stelle der Friedhofs durch Verstreuung beigesetzt werden, wenn dies durch Verfügung von Todes wegen bestimmt ist. Das Behältnis mit der Totenasche darf mit Genehmigung der Ordnungsbehörde Hinterbliebenen oder deren Beauftragten ausgehändigt werden. Soll die Totenasche außerhalb eines Friedhofs verstreut werden, darf die Behörde dies genehmigen, wenn diese Bestattung von Todes wegen verfügt wurde und der Behörde nachgewiesen ist, dass die Verstreuung bodennutzungsrechtlich zulässig ist. Soll das Behältnis außerhalb eines Friedhofs aufbewahrt oder beigesetzt werden, darf die Behörde dies genehmigen, wenn nachgewiesen ist, dass diese Aufbewahrung oder Beisetzung von Todes wegen verfügt und bodennutzungsrechtlich zulässig ist und dass künftig würdiger Umgang mit der Totenasche, Wahrung der Totenruhe sowie nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist die Seeurnenbestattung, Beisetzung des Behältnisses mit der Totenasche oder die Beisetzung durch Verstreuung nach den Vorschriften dieses Gesetzes sichergestellt ist. Soll <u>die Urne mit der Totenasche</u> auf See bestattet werden, wird die Genehmigung erteilt, wenn diese Bestattung von Todes wegen verfügt <u>oder der Wunsch des Verstorbenen glaubhaft nachweisbar ist.</u></p>
--	--

<p>Dritter Abschnitt Beförderung der Toten</p> <p>§ 16 Beförderung</p> <p>(1) Auf öffentlichen Straßen und Wegen dürfen Tote nur in einem für diesen Transport geeigneten dicht verschlossenen Behältnis befördert werden.</p> <p>(2) Die Beförderung Toter oder deren Asche aus der Gemeinde des Sterbe- oder Auffindeortes ist der örtlichen Ordnungsbehörde innerhalb einer Frist von einer Woche anzuzeigen. Bei der Beförderung sind die gemäß § 13 Abs. 1 und § 15 Abs. 1 oder 2 erforderlichen Bescheinigungen mitzuführen.</p> <p>(3) Wird Asche zur Urnenbeisetzung befördert, genügt anstelle der Unterlagen nach Absatz 2 Satz 2 ein Auszug aus dem Bestattungsbuch mit den Angaben nach § 5 Abs. 1 Satz 2 und 4.</p> <p>(4) Auf die Bergung und Beförderung Toter im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungen finden die Absätze 1 und 2 keine Anwendung.</p> <p>(5) Vor der Beförderung einer Leiche und einer Totgeburt in das Ausland hat die untere Gesundheitsbehörde die Leichenschau nach § 15 Abs. 1 zu veranlassen, falls nicht eine Genehmigung nach § 15 Abs. 2 vorgelegt wird.</p> <p>§ 17 Leichenpass</p> <p>(1) Beförderungen von Leichen und Totgeburten über die Grenze der Bundesrepublik Deutschland sind nur mit einem Leichenpass zulässig. Für die Beförderung in das Ausland ist das</p>	<p>§ 16 Beförderung</p> <p>(1) Auf öffentlichen Straßen und Wegen dürfen Tote nur in einem für diesen Transport geeigneten in einem festen und verschlossenen Behältnis befördert werden, dies hat der Totenwürde entsprechend in einem dazu geeigneten Fahrzeug zu erfolgen.</p> <p>...und <u>eines Totgeborenen</u> in</p> <p>§ 17 Leichenpass</p> <p>...und <u>Totgeborenen</u> über...</p>
--	---

Muster der Anlage 2 zu verwenden.
 (2) Für die Beförderung in das Ausland wird der Leichenpass von der örtlichen Ordnungsbehörde ausgestellt, wenn ihr die in § 13 Abs. 1 und § 15 Abs. 1 oder 2 genannten Unterlagen vorliegen. Die Ordnungsbehörde kann Nachweise über den Verbleib der Leiche, der Totgeburt oder der Asche verlangen.

Vierter Abschnitt
Ergänzende Vorschriften

§ 18
Verordnungsermächtigung

Das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Anforderungen an die zu beachtenden gesundheitlichen Schutzmaßnahmen, an die Todesbescheinigung und an die übrigen Bestattungsunterlagen sowie deren Aufbewahrung festzulegen.

§ 19
Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 9 Abs. 1 bis 3 nicht unverzüglich die Leichenschau veranlasst, sie nicht unverzüglich oder nicht sorgfältig vornimmt oder die Todesbescheinigung nicht unverzüglich aushändigt,
2. entgegen § 9 Abs. 5 nicht unverzüglich die Polizeibehörde, die Staatsanwaltschaft oder das Amtsgericht unterrichtet,
3. ohne die in § 10 Abs. 1 genannten Unterlagen, ohne Einwilligung oder Zustimmung nach § 10 Abs. 2 oder ohne einen in § 10 Abs. 1 genannten Zweck Tote obduziert oder nicht unverzüglich bestattet,
4. entgegen § 11 Abs. 1 Toten ohne Genehmigung verwesungshemmende Stoffe zuführt oder sie nicht gemäß § 11 Abs. 2 rechtzeitig in eine Leichenhalle überführt,
5. entgegen den § 13 und 15 Tote vor der

....des Totgeborenen oder....

§ 18
Verordnungsermächtigung

Das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Anforderungen an die zu beachtenden gesundheitlichen Schutzmaßnahmen, an die Totenbescheinigung und an die übrigen Bestattungsunterlagen sowie deren Aufbewahrung im Einvernehmen mit dem zuständigen Landtagsausschuss festzulegen.

Vorlage der in § 13 Abs. 1, § 15 Abs. 1 oder 2 genannten Unterlagen bestattet oder die Bestattung auf seinem Friedhof zulässt,

6. entgegen § 14 außerhalb eines Friedhofs Tot- oder Fehlgeburten oder ohne Genehmigung nach § 14 Abs. 1 eine Leiche bestattet,

7. entgegen § 15 Abs. 5 als Träger oder Übernehmer einer Einäscherungsanlage nicht die Zuordnung der Totenasche sicherstellt oder Totenasche ohne Genehmigung aushändigt oder als Hinterbliebener hinsichtlich ihm ausgehändigter Totenasche die Totenruhe stört oder eine mit der Genehmigung verbundene Verpflichtung nicht erfüllt,

8. gegen die in § 16 Abs. 1 bis 3 und § 17 Abs. 1 genannten Vorschriften verstößt,

9. einer Rechtsverordnung nach § 18 zuwider handelt, soweit sie zu einem bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 3000 Euro geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die örtliche Ordnungsbehörde.

§ 20

Aufhebungsvorschriften

(1) Nachstehende Gesetze und Verordnungen werden aufgehoben:

1. das Kaiserliche Decret über die Begräbnisse vom 23. Prairial Jahr XII - Décret Impérial sur les sépultures, le 23 Prairial an XI. (Bulletin des lois de l'Empire Français, 4e Série, Tome premier no. 1 à 16, Paris, Brumaire an XIII [1804], S. 75),

2. das Gesetz über die Feuerbestattung vom 15. Mai 1934 (RGS. NRW. S. 80), geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1974 (GV. NRW. 5. 1504),

3. die Verordnung zur Durchführung des

Feuerbestattungsgesetzes vom 10. August 1938 (RGS. NRW. S. 81), geändert durch Verordnung vom 18. Mai 1982 (GV. NRW. S. 250) und
4. die Ordnungsbehördliche Verordnung über das Leichenwesen vom 3. Dezember 2000 (GV. NRW. S. 757).

(2) Nachstehende Vorschriften werden aufgehoben:

1. Zweyter Teil, Eilfter Titel, §§ 183 bis 190 sowie § 761 bis 765, des Allgemeinen Landrechts für die Preußischen Staaten vom 5. Februar 1794 (Erstveröffentlichung Nauck u.a., Berlin 1794),
2. § 8 Nr. 6 des Gesetzes, die Bildung und Verwaltung eines allgemeinen Kirchenvermögens für die evangelische Kirche des Landes, die Veranlagung von Kirchensteuern und die Stellung der Kirche dem Staate gegenüber betreffend, vom 12. September 1877 (GS. für das Fürstenthum Lippe, Neunter Band, S. 80).
3. Artikel 6 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 3 des Staatsgesetzes, betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen. Vom 8. April 1924 (PrGS. S. 221),
4. § 15 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 (PrGS. S. 585),
5. § 48 Abs. 1 des Ordnungsbehördengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 2001 (GV. NRW. S. 870).

(3) In § 1 Abs. 1 Buchstabe d sowie in § 2 Abs. 1 Buchstabe b der Zuständigkeitsverordnung zur Ausführung des Staatsgesetzes, betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen, vom 8. April 1924. Vom 4. August 1924. (PrGS. S. 594) werden jeweils die Wörter „3 und“ gestrichen.

<p>§ 21 In-Kraft-Treten Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des § 18, der am Tage nach der Verkündung in Kraft tritt, am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden dritten Kalendermonats in Kraft.</p>	
--	--

Begründung:

§1 Friedhöfe

Zu (1) Der Begriff Leiche oder Verstorbene ist nachhaltiger und gebräuchlicher. Hier wird im § 1 schon deutlich gemacht, dass es um einen Bestattungszwang geht. Dabei ist bei einer Bestattung einer Leiche ein Sarg zu nutzen und Aschereste müssen bestattet werden, sei es auch anonym.

Zu (3)

Das „sollen“ kann bei kleineren Friedhöfen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften zu Problemen und Überkapazitäten führen.

Zu (4) Da hier von der Grundlage ausgegangen wird, dass private Dritte nicht als Errichter und selbständige Betreiber fungieren sollen, aber die Vergabe von Arbeiten möglich gemacht werden soll, ist der § so zu ändern.

Zu (5) Ausdrücklich sollen Feuerbestattungsanlagen von Privaten Dritten betrieben werden können. Der Absatz soll also, wie im Vorschlag, erhalten bleiben.

§3 Schließung und Entwidmung von Friedhöfen

Zu (1) (2)

Beide Änderungen sind unter der Maßgabe der Sicherstellung von Liegezeiten und der weitest gehenden Einhaltung der Totenruhe zu sehen.

§4 Satzungen

Zu (2) Bei einem Trend zur Privatisierung könnten Grabnutzungszeiten zur Optimierung des Gewinns verkürzt werden. Daher wird hier eine Mindestzeit vorgesehen.

§5 Bestattungsbuch

Zu (2) Hier muss festgelegt werden, was der letzte Eintrag ist.

Zweiter Abschnitt Bestattungen

§7 Totenwürde, Gesundheitsschutz

Zu (1) und (2) : Da im Gesetz der Begriff der Totenwürde nicht definiert ist müssen hier entsprechende Bedingungen eingeführt werden. Bei der im Islam üblichen Beisetzung, bei der die Toten in Tücher gehüllt werden, erfolgt die Bestattung innerhalb von 24 Stunden. Da dies hier nach §13 nicht möglich ist, müssen die Aufbewahrung und der Transport geregelt werden.

§ 10 Obduktion

Für eine klinische Sektion bedarf es nicht der standesamtlichen Bestätigung und Beurkundung des Todes. Stattdessen werden oft nur noch verfälschte Ergebnisse einer Sektion möglich wenn die Formalia zu lange dauern.

§ 12 Bestattungsentscheidung

Sozialbegräbnisse sollen zwar kostenmäßig nicht aus dem Rahmen fallen, können daher nicht jeden Wunsch aufnehmen, dem Wunsch nach Erd- oder Feuerbestattung muss aber entsprochen werden.

§ 13 Bestattungsunterlagen, Bestattungsfristen

Es gibt immer wieder Fälle, in denen die Angehörigen nicht schnell genug erreicht werden können. In der heutigen Zeit kann man Vorkehrungen auch für diese Ausnahmefälle durch starke Kühlung oder thanatologische Maßnahmen treffen.

§ 14 Erdbestattungen, Ausgrabungen

hier muss eine Änderung erfolgen, wenn man vom Grundsatz der Bestattung ausgehen will und die in der Regel als zwingend vorsieht

§ 15 Feuerbestattung

In diesem Absatz 5 wird im Entwurf vom Bestattungszwang abgewichen. Streuwiesen, private Streuwiesen, private Urnenaufbewahrung und private Urnenbestattung werden ermöglicht.

Dies entspricht nicht der Sicherung der Totenruhe.
Lediglich die hier als Seebestattung dargestellte Seeurnenbestattung ist wegen der gewährleisteten Totenruhe möglich.

Dritter Abschnitt Beförderung der Toten

§ 17 Leichenpass

Hier ist anzumerken, dass der in der Anlage zum Gesetz abgefasste Vordruck des Leichenpasses mindestens in den gängigen EU-Sprachen abgefasst sein sollte.